

15.04.2015

Anja Bewer

18028

S 2

### **Vorlage für die Sitzung des Senats am 21.04.2015**

„Ausgabe von kostenlosen Verhütungsmitteln“  
Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft)

#### **Die Fraktion der SPD hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:**

„Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Anträge auf Ausgabe von kostenlosen Verhütungsmitteln wurden im Jahr 2014 gestellt und wie viele bewilligt?
2. An welche Personen- bzw. Zielgruppen wurden wie viele kostenlose Verhütungsmittel im vergangenen Jahr ausgegeben?
3. Für welche Personen- bzw. Zielgruppen könnte das Programm zur kostenlosen Abgabe von Verhütungsmitteln ausgeweitet werden?“

#### **Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:**

##### **Zu Frage 1:**

Im ersten Projektjahr war die Nachfrage nach Kostenübernahmen noch gering. Insgesamt sind 17 Anträge auf Kostenübernahme für Verhütungsmittel gestellt und bewilligt worden.

##### **Zu Frage 2:**

Kostenlose Verhütungsmittel werden ausgegeben

1. an Frauen, die an einer Methadonbehandlung oder einer anderen Drogensubstitutionsbehandlung teilnehmen und wirtschaftlich hilfebedürftig sind
2. an Frauen, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten erhalten
3. an junge Frauen, die Jugendhilfeleistungen erhalten und nicht gesetzlich krankenversichert sind
4. und seit Januar 2015 auch an Frauen, die ambulante oder stationäre Eingliederungshilfe erhalten und wirtschaftlich hilfebedürftig sind. Zu dieser Gruppe gehören zum Beispiel psychisch kranke Frauen, Sucht- und Drogenkranke sowie Frauen mit geistiger, körperlicher oder mehrfacher Behinderung.

Die Kosten wurden übernommen für 13 Frauen, die entweder drogensubstituiert waren oder Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten bezogen haben. Bei den verbleibenden vier Fällen handelt es sich um Frauen im Bezug von Jugendhilfeleistungen.

##### **Zu Frage 3:**

Das Projekt ist ab Januar 2015 bereits erweitert worden. Durch diese Erweiterung und die wachsende Bekanntheit des Projekts zeichnet sich für 2015 eine steigende Inanspruchnahme ab. Die Auswahl der Zielgruppen ist für 2014 und 2015 unter dem Gesichtspunkt besonders belastender Lebensumstände getroffen worden. Die am stärksten belasteten Frauen sind damit nach Ansicht des Senats erfasst.